



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

53. Ratssitzung vom 28. Juni 2023

1985. 2023/107

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 08.03.2023:
Unterbringung von Asylbewerbenden, Verzicht auf die Kündigung von laufenden
Mietverträgen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1488/2023):
Woche für Woche sprechen wir über die Folgen einer wegen der Einwanderung wach-
senden Stadt. Die hohen Zahlen bringen infrastrukturelle Schwierigkeiten, die durch die
hohe Bautätigkeit die Natur beeinträchtigen. Es soll nicht jede Grünfläche überbaut wer-
den. Ein weiteres Problem ist, dass Studenten und andere Menschen aus Wohnungen
geworfen werden, um Asylbewerber unterzubringen. Laufende Verträge zu kündigen, um
Asylbewerbern Unterschlupf zu bieten, ist nicht fair.*

***Michael Schmid (AL)** begründet den namens der AL-Fraktion am 22. März 2023
gestellten Ablehnungsantrag: Dass bestehenden Mieter*innen gekündigt wird, um Ge-
flüchtete unterzubringen, ist ein SVP-internes Problem. In Windisch wollte eine private
Immobilien-gesellschaft eine Liegenschaft mit günstigen Mieten abreissen und einen Er-
satzneubau erstellen. Darum kündigte sie allen Mietenden. Das von einem SVP-Politiker
geführte kantonale Sozialdepartement wollte dort zur Zwischennutzung bis zum Abbruch
Geflüchtete unterbringen. Einige Tage zuvor kündigte ein SVP-Exekutivpolitiker in See-
graben einem alleinstehenden Mann seine 5,5-Zimmer-Wohnung, um dort mehr geflüch-
tete Personen unterbringen zu können. Beide Vorfälle führten zu Angriffen anderer SVP-
Exponenten auf die Schweizerische Flüchtlingspolitik. Diese wird von der bürgerlichen
Übermacht auf Bundesebene dominiert, dieselbe, die einen besseren Kündigungsschutz
im Mietwesen blockiert. In Zürich mietete eine Gesellschaft eine ältere Liegenschaft und
vermietete die Wohnungen zu illegal überhöhten Preisen an Studierende. Liegenschaften
Stadt Zürich (LSZ) kaufte die Immobilie und kündigte den bestehenden Mietvertrag we-
gen der überhöhten Untervermietung. Die Liegenschaft soll neu der Unterbringung von
Geflüchteten dienen. Dabei lässt sich kritisieren, dass es zuvorkommend gewesen wäre,
den eingemieteten Studenten beim Finden einer Anschlusslösung zu helfen. Die Ge-
flüchteten sollen dort nicht wohnen, doch auch die Zwischenlösung auf der Hardturmbrä-
che mit den Züri-Modular-Pavillons wird von der SVP nicht unterstützt. Die SVP scheint
nicht an einer Problemlösung interessiert zu sein. Korrekt ist, dass die Verwendung von
Pavillons teuer ist. Ihr einziger Vorteil besteht darin, dass sie kurzfristig zur Verfügung
stehen. Über langfristige Lösungen muss gesprochen werden, da laut Weltbank aufgrund
des Klimawandels bis ins Jahr 2050 bis zu 143 Millionen Menschen migrieren müssen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.



2 / 3

STR Raphael Golta: *In der Stadt wird niemandem gekündigt, um Asylsuchende unterzubringen. Die Begründung für die Kündigung verlas Michael Schmid (AL) bereits. Das Postulat nehmen wir entgegen und werden es in kurzer Zeit wieder abschreiben können.*

Judith Boppart (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Menschengruppen sollen auf dem Wohnungsmarkt nicht gegeneinander ausgespielt werden. Alle Menschen brauchen einen möglichst konstanten Ort, um sich zurückziehen zu können. Darum stimmen wir dem ersten Teil des Vorstosses zu. Den zweiten Teil mit der Unterbringung in Züri-Modular-Pavillons lehnen wir ab. Asylbewerbende sollen die bestmögliche Unterkunft erhalten, damit sie sich von ihren Erlebnissen erholen können. Das ist in den ringhörigen Pavillons schwierig. Die Textänderung beantragt, den letzten Satz des Postulats zu streichen. Michael Schmid (AL) sagte bereits, dass die Stadt den Studenten nicht kündigte, um Asylsuchende unterzubringen, sondern da sich der Hauptmieter illegal an den Studenten bereicherte. Diesem Hauptmieter soll die Kündigung nicht zurückgezogen werden. Künftig wünschen wir uns von der Stadt, dass sie bei Kündigungen mit den Untermietenden Kontakt aufnimmt und dafür sorgt, dass diese bleiben können.*

Weitere Wortmeldungen:

Ronny Siev (GLP): *Niemandem soll gekündigt werden, weil jemand anderes kommen will. Das passiert heute nicht und wird es auch künftig nicht. Darum unterstützen wir das Postulat mit und ohne Textänderung.*

Stephan Iten (SVP): *Warum die AL den Vorstoss ablehnt, obwohl wir uns einig sind, dass niemandem für Asylanten gekündigt werden soll, verstehe ich nicht. Ist es, weil der Vorstoss von der SVP kommt oder weil sie doch Asylanten dort unterbringen will? Auf der Hardturmbrache sollen keine Pavillons stehen, da das Projekt Fussballstadion läuft, das nichts mit der Unterkunft für Asylanten zu tun hat. Zudem wird das Areal besetzt.*

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: *Die Textänderung nehmen wir an, da es um die Sache geht. Es ist gut, wenn wir zu einer Einigung gelangen.*

Moritz Bögli (AL): *Dem Stadtrat einen Auftrag für nichtexistierende Probleme zu geben, ist grundsätzlich sinnlos. Darum lehnt die AL den Vorstoss ab.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für die Unterbringung von Asylbewerbern auf die Kündigung von laufenden Mietverträgen verzichtet werden kann. Bereits ausgesprochene Mietkündigungen sollen zurückgenommen werden. ~~Asylbewerber, die keine Unterkunft haben, sollen in bereits vorhandene und nicht mehr benötigten Züri Modular Pavillons untergebracht werden.~~

Das geänderte Postulat wird mit 89 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat